

12. September 2022

# Kräftige Lohnerhöhung würde zahlreiche Betriebe die Existenz kosten



Die IG Metall fordert 8 Prozent mehr Lohn, die Arbeitgeberseite weist darauf hin, dass wir in dieser Krise alle in einem Boot sitzen. Foto: Wallmüller

Gemeinsam mit zahlreichen Unternehmern hat NiedersachsenMetall am heutigen Montag in Hannover die Verhandlungen mit der IG Metall Niedersachsen/Sachsen-Anhalt für einen neuen Tarifvertrag für die Metall- und Elektroindustrie aufgenommen. Die Gespräche waren das bundesweit erste Zusammentreffen der Sozialpartner in dieser Tarifrunde. Torsten Muscharski, Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, und Dr. Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer von NiedersachsenMetall, zeigten sich besorgt angesichts der wirtschaftlichen Lage der allermeisten Betriebe und versuchten, dies den Vertretern der IG Metall deutlich zu machen.

„Die Politik denkt laut über Insolvenzwellen im Winterhalbjahr nach, und der niedersächsische Ministerpräsident bringt einen Rettungsschirm für die Wirtschaft ins Gespräch, damit massenhafte Betriebsaufgaben verhindert werden. In dieser Situation ist die Forderung der IG Metall nach acht Prozent Lohnsteigerung völlig aus der Zeit gefallen“, sagt Schmidt. Schon jetzt stünden viele Betriebe durch die exorbitant gestiegenen Kosten für Energie und Vorleistungen mit dem Rücken zur Wand. „Dies geht zulasten der Liquidität und der Investitionsfähigkeit. Die politischen Vorgaben zur Dekarbonisierung sind schon jetzt kaum zu leisten“, sagt Schmidt. Die von der IG Metall geforderte Lohnerhöhung würde das Aus zahlreicher Industriebetriebe bedeuten.

Auch eine sehr gute Auftragslage könne daran nichts ändern. „Volle Auftragsbücher heißen nicht automatisch auch gute Auslastung und insbesondere auch nicht Gewinne“, sagt Muscharski. Durch fehlende Materialien und Fachkräftemangel könnten häufig Aufträge gar nicht abgearbeitet werden, es entstehe ein Auftragsstau. „Durch die hohen Energie- und Vorleistungskosten geschieht es zudem immer häufiger, dass Unternehmen mit Aufträgen, die sie vor der Krise angenommen haben, nun Verluste machen“, so Muscharski. Sollte sich die Krise weiter verschärfen, sei mit vielen Stornierungen zu rechnen.

„Es kommt in den nächsten Verhandlungsrunden darauf an, im Bewusstsein der Grenzen des Zumutbaren für beide Seiten einen gemeinsamen, sozialpartnerschaftlichen Kompromiss zu finden, um die Wertschöpfung und die Beschäftigung in den Betrieben zu stabilisieren“, sagt Schmidt. „Das ist uns bisher immer gelungen und ich bin optimistisch, dass es uns mit Vernunft und Pragmatismus auch in dieser extrem schwierigen Lage gelingen wird“, ergänzt Muscharski.

Die Verhandlungen werden am 11. Oktober fortgeführt.

# Sie haben Fragen? Kontaktieren Sie



## Isabel Christian

Leiterin Presse und Online, Pressesprecherin

05 11 / 85 05 - 215

05 11 / 85 05 - 201

[E-Mail schreiben](#)

[Businesscard herunterladen](#)

---